

19. März 2025

Statement JES Bundesverband e. V. zum Sieben-Punkte-Plan der hessischen Landesregierung**Der JES Bundesverband e.V. und dessen Mitglieder JES Frankfurt/Main und JES Wiesbaden lehnen den Sieben-Punkte-Plan der hessischen Landesregierung entschieden ab!**

Das Selbsthilfenetzwerk JES (Junkies, Ehemalige und Substituierte) spricht sich entschieden gegen den von der hessischen Landesregierung vorgestellten Sieben-Punkte-Plan zur Bekämpfung der Drogenszene im Frankfurter Bahnhofsviertel aus. Die geplanten Maßnahmen setzen einseitig auf Repression und Verdrängung, anstatt suchtkranken Menschen echte Hilfsangebote zu machen.

JES als bundesweites Netzwerk von Menschen, die Drogen konsumieren, in der Vergangenheit konsumiert haben und Menschen in der Opioidsubstitution, sieht sich als Sprachrohr der marginalen Gruppe und Verfechter für einen nichtkriminalisierten und nichtstigmatisierenden Umgang mit Konsument*innen illegalisierter Drogen.

Besonders kritisch sieht JES die zunehmende Kriminalisierung von drogengebrauchenden Menschen durch die angekündigten Maßnahmen wie Aufenthaltsverbote, längere Zeiten des Gewahrsams und einer verstärkten Überwachung dieser Menschen. Solche Maßnahmen verschärfen die soziale Isolation und das Risiko für gesundheitliche Schäden, insbesondere für obdachlose und schwer abhängige Menschen.

Der Plan der hessischen Landesregierung ignoriert wissenschaftlich fundierte Ansätze der Sucht- und Sozialpolitik. Statt Kriminalisierung und Vertreibung, fordert JES den Ausbau von akzeptanzorientierten Angeboten wie Drogenkonsumräumen, niedrigschwelligen Hilfsangeboten und einer besseren medizinischen Versorgung, vor allem in den Herkunftsgemeinden. Um Wohnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit nachhaltig zu bekämpfen, braucht es soziale Maßnahmen und Angebote. JES appelliert an die Landesregierung, die evidenzbasierten Empfehlungen der Expert*innen aus Sucht- und Selbsthilfe ernst zu nehmen und an einem menschenwürdigen und pragmatischen Ansatz festzuhalten, der auf Prävention, Schadensminderung und soziale Integration setzt – anstatt nahezu ausschließlich auf Repression und Vertreibung.

Stellungnahme zum geplanten Sieben-Punkte-Plan

1. Intensivierung der Kontrollen und des behördenübergreifenden Ansatzes

- Mehr Polizeipräsenz und Kontrollen führen oft nur zur Verdrängung des Problems in andere Stadtteile, anstatt es nachhaltig zu lösen.
- Repression löst keine sozialen oder gesundheitlichen Ursachen der Drogensucht, sondern verschärft sie.
- Die Kriminalisierung der Konsument*innen treibt sie weiter in die Illegalität und erschwert den Zugang zu Hilfsangeboten.

2. Strafbarkeit wiederholter Verstöße gegen Aufenthaltsverbote & längerer Unterbindungsgewahrsam

- Aufenthaltsverbote bestrafen Suchtkranke für ihre Erkrankung und ignorieren deren Hilfsbedürftigkeit.
- Höhere Strafen und längere Inhaftierungen belasten Justiz und Gefängnisse, auch in finanzieller Hinsicht, zusätzlich.
- Diese Maßnahmen führen dazu, dass die Konsument*innen sich an andere Orte zurückziehen, wo bei Überdosierungen und Gewalt keine Hilfestellung möglich ist.

3. Ausbau der Videoüberwachung mit KI-gestützten Systemen

- Videoüberwachung bekämpft keine Drogenabhängigkeit, sondern dokumentiert sie nur.
- Datenschutzrechtliche und ethische Bedenken sind erheblich – eine KI-gestützte Überwachung könnte zu Diskriminierung und Fehlinterpretationen führen.
- Die Maßnahme kann ein Klima der Angst schaffen, insbesondere für marginalisierte Gruppen, ohne das Problem zu lösen.

4. Verbesserung der Situation für Wohnsitzlose & drogengebrauchende Menschen

- Falls diese Maßnahme nicht ausreichend finanziert und durchdacht ist, bleibt sie eine leere Versprechung.
- Ohne echte Alternativen wie mehr Sozialwohnungen, niedrigschwellige Hilfsangebote und medizinische Versorgung bleibt die Lage für Betroffene unverändert.
- Eine Verbesserung der Situation darf nicht nur kosmetischer Natur sein (z. B. Verdrängung aus dem Stadtbild), sondern muss langfristige Lösungen beinhalten.

5. Soziale und integrationspolitische Quartiersarbeit

- Ein sinnvoller Ansatz, jedoch oft unterfinanziert oder nicht auf die spezifischen Bedürfnisse der Betroffenen ausgerichtet.

- Soziale Arbeit allein kann das Problem nicht lösen, wenn gleichzeitig repressive Maßnahmen dagegen arbeiten.
- Eine echte Integrationspolitik benötigt bezahlbaren Wohnraum, Arbeitsmarktchancen und medizinische Hilfe – nicht nur punktuelle Projekte.

6. Zwangseinweisung von psychisch Kranken

- Die Zwangseinweisung widerspricht dem Grundsatz der Selbstbestimmung und kann das Vertrauensverhältnis zu Hilfseinrichtungen zerstören.
- Derartige Maßnahmen werden oft nicht ausreichend von Therapie- und Rehabilitationsangeboten begleitet, sodass nach der Entlassung keine langfristige Besserung eintritt. Dasselbe gilt für Inhaftierungen.
- Psychische Erkrankungen sind eine Gesundheitsfrage, keine Ordnungsfrage – eine Einweisung ohne adäquate Anschlussversorgung führt, wenn überhaupt, nur zu einer kurzfristigen Beruhigung der Lage.

7. Vertreibung der Drogenszene aus dem Bahnhofsviertel

- Eine Vertreibung löst das Problem nicht, sondern verlagert es nur an andere Orte, oft mit noch schlechterer sozialer Infrastruktur.
- Ohne begleitende Maßnahmen wie Drogenkonsumräume, Therapieangebote und soziale Hilfen verschlechtert sich die Situation der Abhängigen. Die Zahl der verstorbenen drogengebrauchenden Menschen wird sich massiv erhöhen. In Zeiten einer immer weiter steigenden Verbreitung von Fentanyl und Nitazenen sind alle Maßnahmen nicht nur falsch, sondern geradezu fahrlässig gegenüber den drogengebrauchenden Menschen im Frankfurter Bahnhofsviertel.
- Langfristige Lösungen erfordern einen gesundheitspolitischen Ansatz, nicht nur ordnungspolitische Maßnahmen.

Derartig repressive Maßnahmen würden die Lage nicht nur in Frankfurt extrem verschärfen, während nachhaltige sozialpolitische Strategien fehlen. Eine effektive Drogenpolitik braucht Prävention, Therapieangebote und eine Entkriminalisierung von Konsumenten, um wirkliche Verbesserungen zu erzielen.

Frankfurt ist die einzige Großstadt in Deutschland in der Sexarbeit (Straße, Wohnungen und Bordelle) und Drogengebrauch auf solch engem Raum stattfindet. Insbesondere die Sexarbeit zieht zu zehntausenden auswärtige Männer an, die neben der Inanspruchnahme der Angebote von Sexarbeiter*innen ebenso Drogen konsumieren (z.B. Kokain). Die Maßnahmen der Landesregierung haben ausschließlich den Drogengebrauch im Fokus. Statt der Vertreibung Drogen gebrauchender Menschen gilt es, verstärkt Hilfsangebote für Drogenkonsument*innen zu implementieren aber auch Ausstiegshilfen für Sexarbeiter*innen zu verstärken.

Über den Deutschen Städtetag könnte und sollte die Hessische Landesregierung bzw. die Stadt Frankfurt zudem verstärkt auf den Ausbau von Hilfsangeboten in Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg drängen.

Auch die Vertreibung von Menschen im Bahnhofsviertel, die ihren letzten Wohnsitz nicht in Frankfurt haben oder hatten, wäre nicht zielführend und würde unweigerlich zu viel mehr Todesfällen führen. In den Herkunftsgemeinden fehlen suchtmmedizinische und Drogenhilfestrukturen oft völlig. Ein Beispiel dafür sind die fehlenden Drogenkonsumräume in Bayern. Obwohl die Städte München, Nürnberg und Augsburg seit vielen Jahren DKR eröffnen wollen, weigert sich die bayrische Landesregierung, eine dafür notwendige Landesverordnung zu erlassen.

Eine Strategie könnte sein, sich an der Schweizer Drogenpolitik zu orientieren. Diese hat schon vor vielen Jahren alle Schweizer Kommunen dazu verpflichtet, Angebote für drogengebrauchende Menschen bereit zu stellen, bspw. eine breite Originalstoffabgabe (Diamorphin) auch als Tablette und mit Take Home. Zudem wird dort das sog. „Micro-Dealing“ auf dem Gelände von Einrichtungen mit Drogenkonsumraum geduldet, weswegen der größte Teil des Handels unter drogengebrauchenden Menschen eben nicht mehr auf der Straße stattfinden muss. Dies entlastet den öffentlichen Raum und auch die Menschen, die es betrifft, in großem Maße.

Unser Appell an die hessische Landesregierung ist, die Erfolge des Frankfurter Wegs der letzten Jahrzehnte nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Vor allem anderen muss vermieden werden, dass sich die Todeszahlen unter drogengebrauchenden Menschen wieder erhöhen, wie zuletzt in Hamburg, München, Köln und vielen anderen Großstädten in Deutschland. Frankfurt ist hier seit Jahrzehnten Vorbild für andere Kommunen und sollte dies auch zukünftig bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Ak
JES Südschiene-Koordinatorin
stellvertretend für den JES Bundesverband e. V. sowie JES Wiesbaden & Frankfurt